

Das Modell Europa auf dem Prüfstand Aktuelle Entwicklung Vorbild für Asien?

Exposé

Europa befindet sich am Scheideweg: Nach 50 Jahren Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand braucht die Europäische Union eine neue rechtliche Grundlage. Die Ablehnung des Verfassungsvertrages von 2004 in Frankreich und den Niederlanden hat Zweifel an dem gemeinsamen Projekt gesät. Gegenwärtig verhandeln die Mitgliedstaaten über einen neuen Vertrag. Es geht dabei um mehr Demokratie und mehr Handlungsfähigkeit.

Wir stehen heute neuen Herausforderungen gegenüber, die wir nach den Mustern des 20. Jahrhunderts nicht mehr bewältigen können. Soziale Marktwirtschaft und eine demokratische Gesellschaft müssen in der globalisierten Welt bestehen. Der Nationalstaat ist alleine nur noch beschränkt handlungsfähig. Klimakrise, Migration und Terrorismusbekämpfung zeigen, dass wir die zentralen politischen Fragen heute nicht mehr isoliert und nationalstaatlich lösen können. Das europäische Modell der politischen Integration bietet hierauf eine zukunftsweisende Antwort.

Die EU muss jedoch beweisen, dass sie auch nach der Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten noch Wohlstand, Sicherheit und Solidarität für alle Mitgliedstaaten gewährleisten kann. Nur dann kann sie auch Vorbild für andere Teile der Welt sein.

Das Modell Europa auf dem Prüfstand Aktuelle Entwicklung – Vorbild für Asien?

Vortrag am 16. Oktober 2007, 15 Uhr im Hotel Grand Palace, organisiert von der FES Tokyo in Zusammenarbeit mit der Seigakuin Universität, Tokyo

Anrede,

die Europäische Union ist mit sich selbst nicht im reinen. Sie gilt immer noch und aus gutem Grund als Erfolgsmodell, ist sich dessen aber offensichtlich nicht mehr bewusst. Der europäische Integrationsprozess ist ins Stocken geraten. Spätestens seit den in Frankreich und den Niederlanden gescheiterten Verfassungsreferenden befindet sich die EU in einer schweren Krise. Die EU der 27 verfügt im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens nur noch über ein brüchiges Fundament gemeinsamer Überzeugungen.

In wenigen Tagen treffen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon zusammen, um sich endgültig auf einen Text für einen Reformvertrag der EU zu einigen. Damit besteht die Chance, endlich einen Weg aus der Krise aufzuzeigen. Ich will Sie jedoch keinesfalls mit einer weinerlichen Nabelschau langweiligen. Gerade in den Zeiten wachsender Europaskepsis lohnt der Blick von außen. Nicht wenige schauen voller Respekt, ja Bewunderung auf das Vereinte Europa. Viele Staaten, nicht nur auf dem europäischen Kontinent, wollen lieber heute als morgen dazu gehören, um teilzuhaben an Freiheit, Wohlstand, Demokratie und Solidarität.

Deshalb danke ich Ihnen für die Einladung. Sie gibt mir Gelegenheit, mit Ihnen über Europas Rolle in der Welt nachzudenken und der Frage nachzugehen, wie sich Europa erneuern muss, um nicht allein den Erwartungen der Europäer, sondern den Erwartungen der Weltgemeinschaft besser gerecht werden zu können. Wenn es nach der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in allen EU-Mitgliedstaaten geht, soll sich die EU zu einem ernsthaften und ernst zu nehmenden außen- und sicherheitspolitischen Akteur entwickeln. Eine Hoffnung auch für die Teile der

internationalen Staatengemeinschaft, die des Unilateralismus der einzig verbliebenen Supermacht überdrüssig sind.

Seit Beginn des Einigungsprozesses befindet sich die EU in einem fortwährenden Reformprozess. Sie konnte damit immer wieder flexibel auf politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Wandlungen von Staaten und Gesellschaften reagieren und sich neuen Erfordernissen geschmeidig anpassen. Das macht die EU zukunftsfähiger als viele Nationalstaaten, die oftmals zu starr sind, um sich strukturell und politisch in notwendigem Maße zu modernisieren.

Das Selbstverständnis der EU hat sich seit ihren Anfängen enorm gewandelt. Sie hat nicht nur mehr Mitgliedstaaten, sie existiert auch in einem völlig veränderten Kontext. Dass diese Änderungen sich auch auf die inneren Strukturen der EU auswirken müssen, liegt auf der Hand. Seit dem Vertrag von Maastricht 1992 ist die grundlegende Struktur der EU unverändert. Die Verträge von Amsterdam 1997 und Nizza 2001 erzielten bei den institutionellen Reformen nur kleine, unzureichende Fortschritte. Dabei erweiterte sich die EU in diesem Zeitraum von 12 auf heute 27 Mitgliedstaaten! Die bisherigen vertraglichen Strukturen machen eine politische Einigung von immer mehr Mitgliedstaaten immer schwieriger. Damit bleibt die EU politisch mit ihren Möglichkeiten weit hinter dem Notwendigen zurück.

Diesem Reformbedarf sollte der im Dezember 2004 unterzeichnete Europäische Verfassungsvertrag Rechnung tragen. Erstmals wurde er nicht hinter verschlossenen Türen von Diplomaten und nationalen Regierungen ausgehandelt, sondern von einem Konvent, der sich mehrheitlich aus Abgeordneten der nationalen und des Europäischen Parlaments zusammensetzte. Der Vertragstext erklärte die Grundrechtecharta für rechtsverbindlich, demokratisierte und vereinfachte die Entscheidungsverfahren und stärkte die außen- und sicherheitspolitischen Zuständigkeiten der EU. Ein großer Fortschritt! Die Ablehnung in den französischen und niederländischen Referenden im Sommer 2005 war ein herber Rückschlag für all jene, die der EU die nötige Handlungsfähigkeit sichern wollten, um Globalisierung politisch zu gestalten.

Heute, zwei Jahre später, stehen wir kurz vor der Unterzeichnung eines neuen Vertrages, dem Reformvertrag. Er enthält weitgehend die Substanz des

Verfassungsvertrages, nicht aber seine symbolische Bedeutung. Ausschlaggebend ist jedoch, dass er die Europäische Union transparenter, effektiver und demokratischer macht.

Gleichwohl bleibt ein historischer Grundkonflikt in der EU nicht gelöst: Soll Politik maßgeblich durch die nationalstaatlichen Regierungen oder durch gemeinschaftliche, demokratisch verfasste Institutionen gestaltet werden? Die Strukturen der EU tragen sowohl staatenbündische als auch föderale Strukturen. Zur immer wieder geforderten Transparenz und Bürgernähe trägt das nicht bei.

Es besteht jedoch ein allgemeiner Konsens darüber, dass die europäischen Staaten alleine zu klein sind, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu begegnen. Wir in Europa brauchen einander, weil wir die Chancen der Globalisierung gestalten und deren Risiken im Interesse der Menschen mindern wollen.

Ein wichtiges Beispiel ist die Zusammenarbeit bei Terrorismusbekämpfung. Sie kann heute im Rat nur einstimmig beschlossen werden und ist der Kontrolle des Europäischen Parlaments weitgehend entzogen. Notwendige Fortschritte in der Kooperation können schon am Widerstand eines Mitgliedstaates scheitern. Das ist eine Gefahr für alle. Der Reformvertrag macht die EU also sicherer.

Die EU setzt sich zwar in der ganzen Welt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Die internen Entscheidungsverfahren lassen mitunter aber zu wünschen übrig. Der Reformvertrag stärkt das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Ebenso werden die Grundrechte rechtsverbindlich und verpflichten alle EU-Organe in ihren Entscheidungen.

Sollten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen gemeinsamen Text verständigen, wäre dies ein großer Erfolg. Dennoch bedarf auch dieser Reformvertrag der Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Hier ist ein Scheitern nicht ausgeschlossen.

Bei aller Sympathie für Volksabstimmungen haben sie sich bislang bei Entscheidungen über die Zukunft Europas kaum bewährt. Im Mittelpunkt der

nationalen Referendumskampagnen standen weniger die Inhalte des Verfassungsvertrages. Die Menschen brachten vielmehr ihre Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der EU zum Ausdruck. Da wurde kritisiert, die EU tue zu wenig gegen Arbeitsplatzverlust und Umweltverschmutzung. Mit dem Verfassungsvertrag hätte sie mehr tun können. Viele wollten auch einfach ihrer Regierung einen Denkmalsstein verpassen. Das gemeinsame europäische Interesse wurde von nationalen Debatten völlig überlagert und in den Hintergrund gedrängt. Als grundsätzlicher Befürworter von plebiszitären Elementen könnte ich mir jedoch ein europaweites Referendum vorstellen. Hierfür fehlen aber gegenwärtig die vertraglichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen.

Die jeweiligen nationalstaatlichen Regeln der Ratifizierung erfordern überwiegend eine Abstimmung der nationalen Parlamente. Nur in Irland ist ein Referendum zwingend. Sollte sich die britische Regierung für ein Referendum entscheiden, wäre auch der Reformvertrag in großer Gefahr. In den vergangenen Jahren haben sich die politischen Entscheidungsträger Großbritanniens viel zu wenig darum bemüht, die Bevölkerung von den Vorteilen und Chancen eines starken Europas zu überzeugen. Die britischen Massenmedien sind bekannt für ihre „Europhobie“. Daher sehe ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum eine Chance für ein zustimmendes Votum der Briten, sollte es dort ein Referendum geben.

Der europäische Integrationsprozess war jedoch nicht nur von Fortschritten und Erfolgen, sondern immer wieder auch von zeitweiligem Stillstand und Krisen geprägt. Immer wieder fand Europa gleichwohl die Kraft, einen neuen Weg einzuschlagen. So unterzeichneten 1952 die damals sechs Mitgliedstaaten den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Dadurch sollte die politische Union gefestigt werden. Doch 1954 weigerte sich die französische Nationalversammlung, den Vertrag zu ratifizieren.

Trotz dieses Rückschlags hielten die Regierungen an dem europäischen Projekt fest. Schon nach kurzer Zeit ergriffen sie erneut die Initiative. Diesmal mit Erfolg. 1957 unterzeichneten sie in Rom den Vertrag zur Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.

Immer wieder gab es ähnliche Krisen. Stets gab es Skeptiker. Und dennoch kennt die Geschichte der EU keinen Schritt zurück, nur nach vorne.

Die Vorteile der europäischen Integration überzeugten schlussendlich immer. Nicht aus Alternativlosigkeit oder von außen oktroyierten Sachzwängen heraus. Entscheidend war der konkrete Nutzen, den die Europäische Union ihren Mitgliedstaaten, ihren Bürgerinnen und Bürgern zu bieten vermag.

Das waren durchaus materielle Vorteile: Landwirtschaftssubventionen, Strukturfondsgelder für den Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur, freier Handel für größere Märkte... Aber die EU wäre nur eine Freihandelszone, wenn politische Motive nicht eine mindestens ebenso wichtige Rolle gespielt hätten.

Der dauerhafte Frieden zwischen den Europäischen Ländern seit nunmehr über 60 Jahren ist vor dem Hintergrund der blutigen Geschichte Europas ein hohes Gut, dessen Wert auch den jüngeren Generationen durchaus bewusst ist. Ich selbst wuchs in Hessen, in unmittelbarer Nähe zur innerdeutschen Grenze auf. Bis 1989 lebte ich im Schatten von Mauer und Stacheldraht.

Die Schaffung und Sicherung des Friedens reichen jedoch als Begründung für den europäischen Einigungsprozess allein nicht mehr aus. Heute geht es verstärkt darum, die EU als demokratisch verfasste Antwort auf die Globalisierung zu positionieren.

Das dunkle Kapitel der europäischen Geschichte, das in Faschismus, Weltkriegen und Holocaust seinen traurigen Höhepunkt fand, ist überwunden. Mit der Erweiterung der EU um die Staaten Mitteleuropas ist die willkürliche Teilung unseres Kontinents endgültig überwunden. Keine der jungen Demokratien war gezwungen beizutreten. Der schnellstmögliche Beitritt zur EU gehörte vielmehr zur Staatsräson in den ehemaligen Staaten des „Ostblocks“.

Natürlich lockten Fördertöpfe und Absatzmärkte. Aber für viele der neuen Demokratien versprach die EU-Mitgliedschaft noch etwas viel wichtigeres: eine Art Gütesiegel funktionierender Demokratie und stabiler Rechtsstaatlichkeit und die Zugehörigkeit zu einer ganz besonderen politischen Gemeinschaft. Ähnliches galt



auch für die ehemaligen Diktaturen Griechenland, Spanien und Portugal, die in den 80er Jahren beitraten und rasch Anschluss an das freie und demokratische Europa fanden.

Auch für die gegenwärtigen Bewerberländer, allen voran die Türkei und Kroatien, sind die Beitrittsverhandlungen zugleich ein mühseliger Lernprozess, der nicht frei von Rückschlägen und Misserfolgen ist. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen sich in diesen Staaten verfestigen, es bedarf sozialer Mindeststandards, einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft und schlussendlich der Bereitschaft, das gesamte Gemeinschaftsrecht zu übernehmen. Die Beitrittsverhandlungen werden akribisch von der Kommission geführt, politische Rabatte gibt es nicht.

Der Beitritt erfordert aber auch, dass man sich an das Prinzip der langfristigen Kooperation gewöhnen muss. Die EU bietet viel, sie fordert aber auch eine Menge. Solidarität ist immer ein Wechselspiel. Und Solidarität ist eine zentrale Voraussetzung, damit die Staaten Europas gemeinsam in einer globalisierten Welt Erfolg haben können.

Vor wenigen Wochen war ich eingeladen, vor einem Lehrgang junger lateinamerikanischer Diplomaten einen Vortrag über Europa zu halten. Was war ihr Interesse an Europa?

1826 präsentierte Simón de Bolívar erstmals seine Vision einer Konföderation aller lateinamerikanischen Staaten. Sie blieb bis heute nicht mehr als eine Utopie, die an dem kleinstaatlichen Denken der nationalen Regierungen scheiterte. Immer wieder flammt die Idee einer Konföderation jedoch auf: Mercosur, der gemeinsame Markt der südamerikanischen Staaten, der Andenpakt und der gemeinsame zentralamerikanische Markt sind Versuche einer stärkeren Kooperation.

Auch Asien kennt Formen der regionalen Zusammenarbeit, die jedoch noch weit von den Strukturen der EU entfernt sind. Es gibt in der internationalen Politik immer zwei Wege: den der Kooperation und den der Isolation. Beide bieten Vorteile, beide bergen Risiken. Ich bin jedoch davon überzeugt: Die Politik des Isolationismus hat ausgedient.

Wir stehen heute Herausforderungen gegenüber, die wir nach den Mustern des 20. Jahrhunderts nicht mehr bewältigen können. Soziale Marktwirtschaft und eine demokratische Gesellschaft müssen in der globalisierten Welt bestehen. Der Nationalstaat ist alleine nur noch beschränkt handlungsfähig.

Klimakrise, Migration und Terrorismusbekämpfung bedürfen globaler, zumindest regionaler Strategien. Das Wort Solidarität bekommt vor diesem Hintergrund eine neue Aktualität. Die Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit kostet zweifellos viel Geld. Sie ist aber nicht nur ein Gebot der Barmherzigkeit, sondern mindert auch den Migrationsdruck von Elendsflüchtlingen in die Wohlstandsregionen. Wer heute die Lebensverhältnisse der Menschen in Afrika nachhaltig verbessert, gewinnt morgen neue Kunden und Absatzmärkte. Wer heute in erneuerbare Energie investiert, vermindert das Risiko von Klimakatastrophen. Das Modell Europa steht für eine zukunftsweisende Verknüpfung von Demokratie, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung.

Kann Europa dabei anderen ein Vorbild sein? Ich will Ihrer Antwort keineswegs vorweg greifen, Sie jedoch dazu ermuntern, neugierig und kritisch die Entwicklungen der Europäischen Union zu verfolgen. Jede Region wird ihren eigenen Weg suchen müssen. Die Bereitschaft zur Versöhnung, der Mut zum Frieden, der Wille zum gemeinsamen Handeln und das Vertrauen in die Kraft der Solidarität lassen aus Visionen Wirklichkeit werden. Dafür steht das Modell Europa, in diesem Sinne könnte es durchaus ein Vorbild für andere sein.